



**Niederschrift der Sitzung des Stadtrates
am Mittwoch, 25.02.2026 von 18:00 bis 19:36 Uhr
Ort: Forum am Hansaplatz**

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Maria Hogeback	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
---------------------	---------------------------	--

stellv. Vorsitzende/r

Frau Marlies Preuth	CDU/FDP-Fraktion	
---------------------	------------------	--

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Resmiye Agirman	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Eike Baran	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Christoph Böhmann	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Rasmus Braun	CDU/FDP-Fraktion	
Frau Melanie Buhr	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Heino de Buhr	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Olaf Eilers	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Gerda Elsen-Dieckmann	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Johannes Flatken	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Stefan Fuhler	CDU/FDP-Fraktion	
Frau Renate Geuter	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Jürgen Hespe	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Bernhard Kramer	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Heinrich Lücking	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Hans Meyer	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Thomas Niehoff	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Raphael Opilski	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Norbert Rehring	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Lukas Reinken	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Fabian Rolfes	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Martin Roter	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Maik Stratmann	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Sven Stratmann	Bürgermeister	
Herr Andreas Taming	CDU/FDP-Fraktion	
Herr Andreas Tegeler	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Wilfried Thunert	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Pia van de Lageweg	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Sören Wewer	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Bernd Wichmann	CDU/FDP-Fraktion	

Beratende Mitglieder

Frau Sandra kleine Stüve	Gleichstellungsbeauftragte	
--------------------------	----------------------------	--

Verwaltung

Frau Heidrun Hamjediers	Erste Stadträtin	
Herr Matthias Wolf	Fachbereichsleiter	

Abwesend:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dennis Löschen	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Jonas Schulte	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzende Hogeback eröffnet die heutige Sitzung und begrüßt alle anwesenden Ratsmitglieder, Verwaltungsmitglieder, die Pressevertreter sowie die Gäste und Zuschauer. Sie informiert darüber, dass die Ratsherren Löschen und Schulte für die heutige Sitzung entschuldigt fehlen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit werden sodann festgestellt.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die vorhergegangene Sitzung (öffentlicher Teil) am 10.12.2025

Die Niederschrift über die vorhergegangene Sitzung (öffentlicher Teil) am 10.12.2025 wird mit 4 Enthaltungen genehmigt

TOP 5 Bericht des Bürgermeisters / der Verwaltung über wichtige Angelegenheiten der Stadt, insbesondere über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Bürgermeister Stratmann begrüßt die Anwesenden und übergibt das Wort an die Erste Stadträtin Hamjediers. Auch sie heißt alle Anwesenden willkommen und führt aus, dass der Verwaltungsausschuss der Stadt Friesoythe – obwohl das Jahr 2026 noch jung ist – bereits in zwei Sitzungen intensiv gearbeitet und insbesondere im Bereich der Bauleitplanung wichtige Beschlüsse gefasst hat. Betroffen waren Bauleitpläne in Kampe, Mittelsten Thüle und Friesoythe.

Im Zusammenhang mit diesen Verfahren stehen auch die Entscheidungen zur Schaffung von Kompensationsflächen auf städtischem Grund. Die Stadt hat hierzu eine Vereinbarung mit der Landwirtschaftskammer getroffen. An mehreren Standorten werden künftig kleinere Waldflächen aufgeforstet. Diese Maßnahmen sind sowohl ökologisch sinnvoll als auch wirtschaftlich vorteilhaft, da sie für die Stadt deutlich kostengünstiger sind, als erforderliche Kompensationspunkte extern zu erwerben. Langfristiges Ziel der Verwaltung ist es, über die kommenden Jahre mehrere größere neue Waldgebiete zu entwickeln, die einen nachhaltigen Beitrag zu Natur-, Umwelt- und Klimaschutz leisten.

Der Winter 2026 zeigte sich – gefühlt erstmals seit Jahren – wieder von seiner klassischen Seite, so Erste Stadträtin Hamjediers. Über mehrere Wochen herrschten Minustemperaturen, begleitet von Schnee und Eisglätte.

Der Baubetriebshof war in dieser Zeit außerordentlich gefordert. Für den engagierten und verlässlichen Einsatz spricht die Erste Stadträtin Hamjediers den Kolleginnen und Kollegen des Bauhofes ein ausdrückliches Dankeschön aus.

Um einen Überblick über den Ablauf des Winterdienstes zu geben, erläutert sie, dass die Räum- und Streuarbeiten mit dem gesamten Team, einschließlich dem Chef, täglich bereits gegen 3:00 Uhr morgens aufgenommen wurden und sich bis in die späten Nachmittagsstunden erstreckten.

Die Einsätze erfolgten nach festgelegter Priorität, vorrangig auf Hauptverkehrsstraßen des öffentlichen Personennahverkehrs sowie auf Schul- und Kitawegen.

Erst nachdem diese prioritären Bereiche abgearbeitet waren, konnten weitere Straßen und Wohngebiete berücksichtigt werden. Wäre die Frostperiode länger anhaltend gewesen, hätten aus arbeitsschutzrechtlichen Gründen Einschränkungen der Einsätze geprüft werden müssen; dies war jedoch nicht erforderlich.

Die Frostperiode hatte zwei „Nebenwirkungen“:

- Einige wenige Bürgerinnen und Bürger bemängelten nicht geräumte Straßen in Wohngebieten. Hier konnte auf die geltende Straßenreinigungssatzung verwiesen werden, nach der die Räumspflicht in erster Linie bei den Anliegern liegt – eine Regelung, die auch in den umliegenden Kommunen üblich ist.

- Durch Frostaufbrüche sind an einigen Straßen Schäden entstanden. Die entstandenen Schlaglöcher werden durch den Bauhof ausgebessert, sobald die Witterung verlässlich trocken ist und die Temperaturen stabil über dem Gefrierpunkt liegen.

In der Verwaltung sind in diesem Jahr zudem mehrere Eingaben eingegangen. Auffällig ist zum einen die steigende Zahl anonymer Schreiben. Zum anderen betreffen einige Eingaben Themen, die sich noch nicht in der konkreten Beratung befinden, etwa das Baugebiet „Waterhörn“ in Altenoythe oder Hinweise von Bürgerinnen und Bürger zum Ausbau der Straße „An der Soestenallee“.

Wie bekannt, befasst sich die Stadt – vormals die WiBeF – mit der Nachnutzung des alten Rathauses Stadtmitte. Die Interessenten aus dem ersten Aufruf wurden zu Gesprächen eingeladen. Im nächsten Schritt sollen sie vertiefte Unterlagen vorlegen. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass sie das Gebäude im geräumten Zustand besichtigen können. Vor wenigen Tagen wurde im Kellergeschoss ein Wasserschaden festgestellt, weshalb die dort gelagerten Materialien des Postgeschichtlichen Museums dringend entfernt werden müssen. Die Verwaltung wird hierzu erneut Kontakt mit dem Museum aufnehmen, um das weitere Vorgehen zu beschleunigen. Der Heimatverein und das Stadtarchiv können nun in die neu hergerichteten Räume oberhalb der Kita „Haus für Kinder Ludgeri“ beziehen.

Bürgermeister Stratmann stellt fest, dass – wie allen bekannt ist – die ehemalige Straßenmeisterei an der Sedelsberger Straße von der Stadt Friesoythe angepachtet wurde. Die DLRG ist inzwischen vollständig dorthin umgezogen, sodass die bisher genutzte Liegenschaft an der Ludgerischule nun leer steht. Der bauliche Zustand des Gebäudes muss an dieser Stelle nicht weiter erläutert werden, da dieser, u.a. ein wesentlicher Grund für den Auszug der DLRG war.

Nun ist die Feuerwehr gefragt: Bereits seinerzeit wurde eine brandschutzrechtliche Begutachtung des Gebäudes durchgeführt, auch im Hinblick auf die Neueinrichtung des Kindergartens. Diese Überprüfung wird die Feuerwehr nun erneut vornehmen. Anschließend wird der Rat darüber informiert, welche Maßnahmen erforderlich seien beziehungsweise wie künftig mit dem Gebäude verfahren werden soll.

Zum Bericht der Ersten Stadträtin Hamjediers über den Winterdienst bestätigt Bürgermeister Stratmann den Applaus der Ratsmitglieder und begrüßt diesen ausdrücklich. Er führt aus, dass die Stadt in diesem Winter sehr gut mit Streusalz ausgestattet gewesen sei. Dabei wurde auch das frühere Landeslager mit genutzt. Zur Veranschaulichung nennt er eine Zahl: Für eine einzige Streutour durch das Stadtgebiet Friesoythe werden rund 25 Tonnen Streusalz benötigt, um zumindest die Straßen im ersten Einsatz passierbar zu machen. Dies verdeutliche die erheblichen Mengen, die im Winterdienst erforderlich seien.

Bürgermeister Stratmann bestätigt den aktuellen Sachstand zu den Planungen im Bereich der Kindergärten, der in den vergangenen Sitzungen bereits mehrfach vorgestellt wurde.

Zum Thema Waldkindergarten in Thüle teilt er mit, dass das Bauamt intensiv daran arbeitet geeignete Lösungen zu finden, damit das Verfahren möglichst zügig und unkompliziert durchgeführt werden kann.

Darüber hinaus informiert er über den geplanten Kindergarten in Altenoythe. Auch hier arbeitet das Bauamt gemeinsam mit der zuständigen Zeichnerin an den Planungen, um die Anforderungen des Landkreises zu erfüllen. Ziel ist es, die Kubatur des neuen Kindergartens an die Umgebung anzupassen und damit die Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens sicherzustellen.

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Eine Einwohnerin, Frau Hagen, Lehrerin an der Heinrich-von-Oytha-Schule, trägt vor, sie sei nicht allein erschienen; neben ihr säßen zahlreiche Kolleginnen und Kollegen sowie Schülerinnen und

Schüler. Sie führt aus, die Heinrich-von-Oytha-Schule platze aus allen Nähten und man habe ein erhebliches Raumproblem. Vor rund zehn Jahren habe der Schulleiter mitgeteilt, dass erstmals Container auf dem Schulhof aufgestellt worden seien. Vor sieben Jahren, anlässlich ihres Vorstellungsgesprächs, habe derselbe Schulleiter versichert, es handele sich lediglich um eine Übergangslösung. Diese Container seien jedoch nicht weniger, sondern vielmehr mehr geworden. Mittlerweile handele es sich nicht nur um einfache Raumcontainer, sondern auch um Klassencontainer. Auch sie selbst sei mit ihrer Klasse in einen solchen Container eingezogen.

Sie erklärt weiter, ihr und allen Anwesenden sei bewusst, dass der Rat nicht untätig gewesen sei und nach Lösungen gesucht werde. Der Schulleiter habe berichtet, welche Schritte bislang erfolgt seien. Vor zweieinhalb Jahren sei eine Ausschreibung zur Erstellung einer Raumbedarfsanalyse erfolgt. Leider habe sich darauf niemand gemeldet, der eine solche Analyse durchführen könne. Die Stadt sei daraufhin nicht untätig geblieben und habe einen Dienstleister direkt angesprochen. Dieser habe ein Angebot unterbreitet, dessen Kosten jedoch erheblich gewesen seien, weshalb das Angebot verständlicherweise nicht angenommen worden sei.

Der Schulleiter sei anschließend in den direkten Austausch mit dem Kollegium getreten und habe erläutert, dass nun das Hauptproblem der Schule gelöst werden solle, indem erneut eine Raumbedarfsanalyse in Auftrag gegeben werde.

Es bestehe jedoch die Sorge, man bewege sich in einem „Hamsterrad“ und es sei unklar, wie zeitnah eine Lösung für das seit zehn Jahren bestehende Raumproblem tatsächlich aussehen könne.

Bürgermeister Stratmann dankt für den ausführlichen Vortrag. Er erklärt, die Systematik und die Problemlage seien hinsichtlich der Heinrich-von-Oytha-Schule wie auch der Gerbert-Schule hinlänglich bekannt. Man wisse um den großen Druck und ebenso darum, welche Schritte erforderlich seien. Da bereits vieles berichtet worden sei, sei auch bekannt, dass Termine vereinbart worden seien und die entsprechenden Gremien gebildet und einberufen wurden. Man könne versichert sein, dass seitens des Stadtrates sowie der Stadtverwaltung ein großes Interesse daran bestehe, die Containerlösung so schnell wie möglich zu beenden. Schon deshalb wolle man die darauf aufbauenden Schritte im Bauverfahren, insbesondere im Außenbereich, sicherstellen. Containerlösungen seien grundsätzlich die schlechteste Option. Ziel sei weiterhin, dass mit dem Auszug der Gerbert-Schule acht zusätzliche Klassenräume zur Verfügung stünden. Hierzu würden in Kürze weitere Gespräche folgen.

Fachbereichsleiter Wolf stellt hierzu fest, dass - anknüpfend an die Ausführungen des Bürgermeisters - sich alle Beteiligten in der Analyse der Ausgangssituation einig seien. Schlussendlich, so Fachbereichsleiter Wolf, ginge es um den zeitlichen Aspekt. Wie zutreffend dargestellt, habe man bereits im Jahre 2023 den ersten Aufschlag in der Thematik vollzogen. Seinerzeit sei es, so Fachbereichsleiter Wolf, vor allem darum gegangen, den gesetzlich verankerten Ganztagsanspruch im Grundschulbereich in den Blick zu nehmen.

Dieser stelle, so führt Fachbereichsleiter Wolf weiter aus, eine nicht erhebliche Herausforderung dar. Für diejenigen, denen die Hintergründe nicht bekannt sei, führt Fachbereichsleiter Wolf aus, dass ab dem Schuljahr 2026/2027 ein Anspruch auf Ganztagsbetreuung im Primärbereich an fünf Tagen mit jeweils acht Stunden bestünde. Vor diesem Hintergrund sei dies auch bei den bereits laufenden und perspektivisch anvisierten Schulbauprojekten, insbesondere an der Gerbert-Schule, in Gehlenberg und künftig auch in der Marienschule eine vorrangige Prämisse gewesen.

Bereits seinerzeit habe die Verwaltung den Bedarf einer auf den Ganztagsbetreuungsanspruch abgestimmten Raumbedarfsanalyse gesehen und hierfür eine externe öffentliche Ausschreibung zu Gewinnung entsprechender Fachexpertise erkannt. Dem Vorschlag seien, so Fachbereichsleiter Wolf, auch die politischen Gremien durch Ratsbeschluss im Juli 2023 gefolgt. Ergebnis dieses Ratsbeschlusses sei die Einrichtung einer Lenkungsgruppe, die sich neben Vertretern der Verwaltung ebenso auch aus den schulfachlichen Akteuren des Primar- und Sek.-I-Bereichs und der Lehrervertreterin des Schulausschusses zusammensetze. Auf dieser Grundlage habe man ein Leistungsverzeichnis für eine Ausschreibung abgestimmt. Bedauerlicherweise habe die

Ausschreibung – trotz zweier gestarteter Anläufe – nicht den erhofften Erfolg gebracht; einmal aus preislichen Gründen, ein anderes Mal mangels Eingang entsprechender Bieterangebote.

Was die grundlegende Überlegung anbelangt, nämlich externen Sach- und Fachverstand in die Thematik einzubringen, sei man verwaltungsseitig allerdings insoweit bestätigt worden, als dass der Nds. Städte- und Gemeindebund (kurz: NSGB) kurze Zeit später eigene Initiativen in Kooperation mit der niedersächsischen Architektenkammer ergriffen habe, um eine landesweit verwendbare Planungshilfe zu erstellen.

Diese Planungshilfe liege seit September 2025 vor. Allerdings, so Fachbereichsleiter Wolf, fokussiere diese ausschließlich den Primarbereich und sei nicht auf den Sek.-I-Bereich übertragbar; dies ist ausdrücklich von der nds. Architektenkammer in einer Informationsveranstaltung erklärt worden.

Mit Blick auf die eingangs erwähnte Lenkungsgruppe, so Fachbereichsleiter Wolf, habe sich mit Erhalt der NSGB-Planungshilfe eine wesentliche Grundlage ihres Arbeitsauftrages verändert, weil ein Schwerpunkt der Aufgabenstellung, nämlich der Primarbereich, durch die NSGB-Planungshilfe abgedeckt werde, so denn die politischen Gremien in den weiteren anstehenden Beratungen diese anerkennen.

Der nunmehr „modifizierte“ Arbeitsauftrag des Lenkungskreises beruhe aus Sicht der Verwaltung daher darauf, so Fachbereichsleiter Wolf, nunmehr ausschl. die Sek.-I-Bereiche in den Blick zu nehmen. Verwaltungsseitig habe man daher Anfang Februar 2026 eine – ausschließlich auf die Sek.-I-Bedarfe – ausgerichtete Ausschreibung zur Abstimmung innerhalb des Lenkungskreises vorbereitet. Dieser Vorschlag habe nicht einhellige Zustimmung gefunden, so dass man verwaltungsseitig beabsichtige, diesen Umstand kurzfristig, und zwar am morgigen Donnerstag, in einer persönlichen Zusammenkunft der Lenkungsgruppe zu besprechen.

Eine weitere Einwohnerin, Frau Wallschlag aus Friesoythe, fragt nach, weshalb keine interne Arbeitsgruppe gebildet werden könne. Sie betont, dass man seitens der engagierten Schülerinnen und Schüler gerne mithelfen und auch die Lenkungsgruppe unterstützen wolle. Um den Ratsmitgliedern aufzuzeigen, welche Möglichkeiten aus Sicht der Schülerinnen und Schüler bestünden, habe man gemeinsam mit diesen 500 „blaue Briefe“ verfasst. Darin seien Wünsche und Anliegen dargestellt worden, die für einen normalen Klassenraum erforderlich seien. Sie bittet darum, dass sich die Ratsmitglieder sowie die Verwaltungsspitze diese Briefe, die durch die Schülerinnen und Schüler verteilt würden, einmal ansähen.

Die Erste Stadträtin Hamjediers führt hierzu aus, dass die Lenkungsgruppe nicht auf Initiative der Verwaltung entstanden sei, sondern auf einem Gremienbeschluss beruhe. Die Verwaltung sei daher gehalten, sich an diese Entscheidung zu halten und entsprechend zu handeln, da der Rat den Auftrag erteilt habe, das Verfahren auf diesem Wege durchzuführen. Man sei jedoch offen für andere Wege und Ansätze, wie man künftig damit umgehen könne. Zunächst sei man jedoch an die Vorgaben des Rates gebunden, weshalb die Lenkungsgruppe in dieser Form entstanden sei.

Die Erste Stadträtin Hamjediers erklärt weiter - unter Bezugnahme auf die zuvor von Fachbereichsleiter Wolf gegebenen Erläuterungen -, dass die ursprüngliche Thematik eine andere gewesen sei, da man zunächst alle Schulen in den Blick genommen habe. Zwischenzeitlich habe das Land jedoch eine Planungshilfe ausschließlich für die Grundschulen vorgelegt. Vor diesem Hintergrund könne man zwar über eine Modifizierung des Vorgehens nachdenken, dies könne jedoch nicht eigenständig durch die Verwaltung erfolgen. Es entstehe mitunter der Eindruck, die Verwaltung wolle bestimmte Entwicklungen nicht, tatsächlich handele es sich jedoch um Prozesse, die gemeinsam in den zuständigen Gremien beraten würden. Die Hinweise aus der Einwohnerfragestunde nehme man auf und werde sie in der bereits am Folgetag stattfindenden Sitzung der Lenkungsgruppe thematisieren.

Einwohnerin Wallschlag betont abschließend, dass ihre Ausführungen nicht missverstanden werden sollten. Alle Beteiligten wollten unterstützen und zu einem positiven Ergebnis beitragen. Die Kinder

sollten der Stadt so viel wert sein, dass sie in einem normalen, angemessenen Unterrichtsgebäude beschult werden könnten.

Erste Stadträtin Hamjediars erwidert hierauf nachdrücklich, dass seit 2015 in Friesoythe intensiv und engagiert am Schulbereich gearbeitet worden sei. Wenn man sich an die damaligen Zustände und den baulichen Zustand der Gebäude erinnere, könne man der Stadtverwaltung und dem Rat nicht vorwerfen, sich nicht gekümmert zu haben. Man habe stets den Anspruch verfolgt, gute Lösungen im Sinne der Schülerinnen und Schüler sowie eines modernen, zeitgemäßen Unterrichts zu finden. In dieser Hinsicht renne Frau Wallschlag bei der Verwaltung „offene Türen“ ein.

Bezüglich der HvO weist Erste Stadträtin Hamjediars abschließend hin, dass das erste große Projekt – der Bau einer Mensa – damals unter erheblichen finanziellen Herausforderungen gestanden habe. Auch habe man immer betont, dass Containerlösungen, wie sie inzwischen auch an anderen Schulen eingesetzt werden müssten, keine Dauerlösung darstellen könnten. Dies liege sowohl dem Rat als auch der Verwaltung sehr am Herzen. Es solle ausdrücklich hervorgehoben werden, dass der Eindruck, man schiebe das Thema beiseite oder nehme es nicht ernst genug, nicht zutreffe. Im gesamten Bereich der Bildung, insbesondere bei Kindergärten und Schulen, sei in den vergangenen Jahren sehr viel passiert. Dies lasse sich auch in den Haushalten nachvollziehen und der Vergleich zwischen früher und heute sei äußerst aussagekräftig.

Ein Einwohner, Herr Steinmetz, stellt eine Frage zur geplanten Sanierung der Soestenallee. Er führt aus, nicht die Anwohnerinnen und Anwohner der Soestenallee würden die Straße am stärksten belasten, sondern vor allem die Schülerinnen und Schüler der Handelsschule, die dort regelmäßig parkten, da die Schule selbst nicht über ausreichend Parkplätze verfüge. Hinzu komme, dass der Parkplatz der Handelsschule ausschließlich über die Soestenallee angefahren werden könne. Es könne aus seiner Sicht nicht sein, dass nun die Anliegerinnen und Anlieger die Kosten für die Straßensanierung tragen müssten.

Die Erste Stadträtin Hamjediars bedankt sich für die Eingabe und weist darauf hin, dass hierzu bereits ein entsprechendes Schreiben eingegangen sei. Hinsichtlich der Soestenallee müsse man feststellen, dass sich die Straße in einem schlechten Zustand befinde und Handlungsbedarf bestehe. Wie genau die Sanierung aussehen werde, solle nun geprüft werden, indem der Untergrund, der aktuelle Baustandard und der Gesamtzustand der Straße eingehend untersucht würden.

Zu der geäußerten Sorge, die Anliegerinnen und Anlieger müssten die gesamten Kosten tragen, erklärt Erste Stadträtin Hamjediars, dass sich dies erst im Rahmen des Bauprogramms zeigen werde, das anschließend auch im Rat beraten werde. In diesem Gremium werde entschieden, welche Ausbaumaßnahmen erfolgen sollen und zu welchem Zeitpunkt dies möglich sei. Aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen könne nicht jede Maßnahme sofort umgesetzt werden.

Zudem bestätigt Erste Stadträtin Hamjediars, dass die privaten Anliegerinnen und Anlieger nur einen Teil der tatsächlichen Straßennutzung ausmachten. Das Beitragsrecht sehe jedoch eine klare Regelung vor: Die Kostenverteilung richte sich nach den Grundstücksgrößen. In diesem Fall werde der Landkreis voraussichtlich den größten Anteil tragen, da seine Schule über die umfangreichsten Flächen verfüge. Man sei jedoch noch nicht so weit, eine endgültige Aussage zu treffen. Die Verwaltung bitte daher um Zeit, die Situation sorgfältig zu prüfen.

Zum üblichen Vorgehen erläutert die Erste Stadträtin Hamjediars, dass zunächst bewertet werde, welche Straßen saniert werden sollten. Anregungen kämen dabei häufig auch aus der Bevölkerung. So habe es beispielsweise zur Vitusstraße über Jahre hinweg wiederholte Eingaben gegeben. Bei der Soestenallee sei es ähnlich: Aus verschiedenen Bereichen sei immer wieder der Hinweis gekommen, dass Schlaglöcher ausgebessert werden müssten. Da die Straße augenscheinlich in einem schlechten Zustand sei, werde die Verwaltung nun eine detaillierte Prüfung vornehmen. Anschließend solle gemeinsam mit den Ratsmitgliedern beraten werden, wie weiter vorzugehen sei.

Ein weiterer Einwohner, Herr Strunk, berichtet, man habe ein Schreiben an alle Ratsmitglieder versandt, um frühzeitig in die Überlegungen zum geplanten Straßensanierungsprojekt einbezogen zu werden. Man wisse, dass das Thema derzeit noch nicht spruchreif sei, wolle jedoch rechtzeitig

handeln, um die Perspektive der Anwohnerschaft einzubringen. Dem Schreiben sei eine Skizze beigelegt, aus der hervorgehe, dass etwa ein Drittel der Straße tatsächlich sanierungsbedürftig sei, während die übrigen zwei Drittel nach Einschätzung der Anwohnerschaft keinen dringenden Bedarf aufwiesen; es gebe im Stadtgebiet deutlich schlechtere Straßen.

Weiterhin führt Herr Strunk aus, die Anwohnerschaft sei irritiert über die Annahme, es könne sich um eine Ersterschließung handeln. Die Häuser in dem betroffenen Bereich seien zwischen 30 und 60 Jahre alt. Einige seien im Laufe der Jahrzehnte verkauft worden, sodass nicht mehr zu allen Objekten vollständige Unterlagen vorlägen. Zu ein paar Häusern existierten jedoch Nachweise darüber, dass Erschließungsbeiträge bereits gezahlt worden seien. Es sei aus Sicht der Anwohner nicht nachvollziehbar, weshalb das Bauamt, das Katasteramt oder die Stadt Friesoythe entsprechende Unterlagen nicht auffinden könnten. Diese Aspekte sollten nach Auffassung der Anwohnerschaft in die weiteren Überlegungen einbezogen werden. Zudem wünsche man ausdrücklich, in den Entscheidungsprozess eingebunden zu werden.

Erste Stadträtin Hamjediers stellt fest, dass der Brief der Anwohnerschaft selbstverständlich zur Kenntnis genommen worden sei. Sie habe schon in ihren Ausführungen versucht deutlich zu machen, dass die Verwaltung die Straße zunächst im Detail begutachten werde.

Hinsichtlich der Frage, ob es sich um Erschließungs- oder Ausbaubeiträge handele, erklärt Erste Stadträtin Hamjediers, man sei so lange zurückhaltend, bis eine hundertprozentige Klarheit vorliege. Solange nicht sicher sei, dass es sich um einen Ausbau handele, gehe man auch in der öffentlichen Diskussion nicht davon aus. Es sei erfahrungsgemäß sehr schwierig, den Anwohnerinnen und Anwohnern im Nachhinein zu vermitteln, dass es sich doch nicht um einen Ausbau, sondern um eine Ersterschließung handele. Aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre sei man daher besonders vorsichtig geworden. Man werde die Sachlage sorgfältig prüfen; sollte sich bestätigen, was die Anwohnerschaft vorgetragen habe, müsse es deutliche Anhaltspunkte dafür geben, dass keine Ersterschließung vorliege. In diesem Fall würde die Verwaltung die Bewertung entsprechend anpassen. Aktuell lägen jedoch noch keine vollständigen Unterlagen vor. Vorrangig gehe es darum, den Auftrag umzusetzen, die Straße zunächst grundlegend zu betrachten. Es könne gut sein, dass sich lediglich das von Herrn Strunk benannte Teilstück als verbesserungsbedürftig erweise, während der übrige Bereich keinen akuten Sanierungsbedarf aufweise. Zunächst könne man die Straße jedoch nur von außen in Augenschein nehmen.

Nochmals bittet Erste Stadträtin Hamjediers daher um etwas Zeit, um eine fundierte Prüfung vorzunehmen. Anschließend werde man – wie bei vergleichbaren Maßnahmen üblich – das Gespräch mit den Anwohnern suchen. Sie betont abschließend, dass der Verwaltung daran gelegen sei, ausreichend Zeit für eine sorgfältige und sachgerechte Prüfung zu erhalten.

Ein weiterer Einwohner, Herr von Garrel, erkundigt sich nach dem weiteren Vorgehen sowie danach, welche konkreten Maßnahmen im Rahmen des geplanten Sanierungsbaus der Soestenallee vorgesehen seien.

Erste Stadträtin Hamjediers erläutert, dass zunächst die üblichen technischen Erhebungen vorgenommen würden, wie sie bei jedem Straßenausbau durchgeführt würden. Man schaue sich die Straße im Detail an, nehme eine umfassende Bestandsaufnahme vor und prüfe dabei auch den Untergrund, soweit dies erforderlich sei. Zudem werde man die vorhandenen Unterlagen aus, um ein vollständiges Bild der baulichen Situation zu erhalten. Es handele sich dabei um das übliche vollständige Untersuchungsprogramm, das vor jeder Entscheidung über Ausbau- oder Erschließungsmaßnahmen durchgeführt werde.

TOP 7 Mitteilungen

TOP 7.1 Finanzbericht 1/2026 Vorlage: MV/031/2026

Die anwesenden Ratsmitglieder nehmen die Vorlage ohne Anmerkung zur Kenntnis.

TOP 8 Vorlagen aus dem Ausschuss für Straßen, Wege, Kanalisation, Digitalisierung**TOP 8.1 Ausschreibung der Planungsleistung zum Ausbau des Narzissenweg in Altenoythe (Erschließung)
Vorlage: BV/002/2026**

Fachbereichsleiter Neiteler führt aus, dass es sich bei den Ausschreibungen für den Narzissenweg ähnlich verhalte wie bereits bei der Soestenallee und der Vitusstraße dargestellt. Demnach müssten dort im ersten Schritt Planungsleistungen ausgeschrieben werden. Zunächst werde eine Inaugenscheinnahme der Straße erfolgen. Im Anschluss sei planungsrechtliche Unterstützung erforderlich, insbesondere zur Untersuchung des Untergrundes. Auf dieser Grundlage solle zunächst ein Konzept entwickelt werden, wie die Straße künftig gestaltet werden könne. Es handele sich bei dem anstehenden Beschluss ausschließlich um die Ausschreibung der Planungsleistungen; ein Ausbau der Straße sei damit noch nicht verbunden.

Einstimmig fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungsleistungen für den „Narzissenweg“ auszuschreiben.

**TOP 8.2 Vergabe neuer Straßenbezeichnungen in der Stadt Friesoythe
Vorlage: BV/014/2026****Der Stadtrat trifft einstimmig folgenden Beschluss:**

Die in dem Bebauungsplan Nr. 246 „Plaggenmatt“ der Stadt Friesoythe vorgesehene und in dem anliegenden Lageplan dargestellte Planstraße A erhält die Straßenbezeichnung „**Sandbirkenweg**“.

TOP 9 Vorlagen aus dem Ausschuss für Planung, Umwelt, Klimaschutz**TOP 9.1 Bebauungsplan Nr. 1 "Kampe", 1. Änderung: 1. Abwägen der Stellungnahmen,
2. Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/008/2026**

Ratsfrau Geuter stellt fest, dass das Verfahren einvernehmlich und gemeinschaftlich unterstützt worden sei. Sie betont, dass eine große Erleichterung darüber bestehe, dem Betriebsinhaber nun signalisieren zu können, dass er seine Planung realisieren könne. Abschließend spricht sie ihren Dank dafür aus, dass dieser Stand nun erreicht worden sei.

Nachfolgender Beschluss wird einstimmig vom Stadtrat gefasst:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung sowie der Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen werden entsprechend der in der Anlage aufgeführten Abwägungsvorschläge entschieden.
2. Gemäß der §§ 2 Abs. 1 und 10 des Baugesetzbuches (BauGB) sowie des § 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) wird der Bebauungsplan Nr. 1 „Kampe“, 1. Änderung, in der vorliegenden Form als Satzung beschlossen. Ebenfalls wird die Begründung in der vorliegenden Form beschlossen.

TOP 9.2 Beschluss der kommunalen Wärmeplanung Stadt Friesoythe

Vorlage: BV/023/2026

Ratsfrau Geuter stellt hierzu zwei Fragen. In den Gremien sei das Thema in den vergangenen Tagen intensiv beraten worden; dabei hätten sich für sie zwei Punkte ergeben.

Erstens, ob die derzeit geplante Ausrichtung der Wärmeplanung, die auf den aktuell geltenden gesetzlichen Grundlagen beruhe, angesichts der jüngsten öffentlichen Diskussionen über mögliche Änderungen im Gebäudeenergiegesetz oder vergleichbaren Regelwerken künftig angepasst werden müsse. Es bestehe die Möglichkeit, dass sich rechtliche Rahmenbedingungen änderten und dadurch neue Anforderungen oder Sachverhalte zu berücksichtigen seien.

Zweitens habe sie auf die bisherigen Beratungen verwiesen, wonach es sinnvoll erscheine, im nächsten Schritt Gespräche mit den örtlichen Biogasanlagenbetreibern zu führen, um die vorhandenen regionalen Besonderheiten und Potenziale für die Energieversorgung stärker einzubeziehen.

Erste Stadträtin Hamjediers führt hierzu aus, dass mögliche gesetzliche Änderungen auf Bundes- oder Landesebene derzeit nicht vorhersehbar seien. Solche Situationen träten häufiger auf; oftmals befinde man sich dann bereits in laufenden Verfahren. Sie empfehle dennoch, den Beschluss zu fassen, um eine belastbare Grundlage zu schaffen. Frau Marczinzik werde sich mit den angesprochenen Punkten vertieft befassen. Sollte sich später eine Modifizierung als notwendig erweisen, erscheine es sinnvoller, die Planung dann gezielt anzupassen, anstatt derzeit abzuwarten. Dies sei der praktikablere Weg. Die Entwicklung werde aufmerksam beobachtet.

Zur Frage der Gespräche mit den Biogasanlagenbetreibern ergänzt Erste Stadträtin Hamjediers, dass bereits versucht worden sei, über die EWE im Zusammenhang mit dem Wärmekonzept Kontakt zu Biogasanlagenbetreibern aufzunehmen. Bislang seien jedoch nur wenige Rückmeldungen eingegangen. Man werde dies jetzt erneut versuchen.

Zudem habe man sich vorgenommen, Kommunen zu kontaktieren, die in der Wärmeplanung bereits weiter fortgeschritten seien. Als Beispiel nennt sie die Gemeinde Bakum, mit der sie bereits Kontakt aufgenommen habe. Von solchen Kommunen könne man Anregungen erhalten. Zunächst gehe es jedoch um die festgelegten Maßnahmen, die Bestandsanalyse sowie weitere Grundlagenarbeiten. Aus ihrer Sicht stehe einer Entscheidung an diesem Tag daher nichts entgegen.

Bürgermeister Stratmann schlägt vor, dass die Klimaschutzmanagerin der Stadt sich auf den Weg mache, um sich bei anderen Städten oder Gemeinden weitergehend zu informieren. Über den Fachausschuss könne bei Bedarf auch eine Exkursion angeboten werden.

Ratsherr Braun fragt nach, ob es – neben Bakum – nicht eine Kommune gebe, die in ihrer Struktur stärker mit Friesoythe vergleichbar sei und sich ebenfalls als Beispiel eigne.

Ratsherr Tameling erkundigt sich nach der Möglichkeit, das Wärmekonzept gegebenenfalls nachzubessern und über das Planungsbüro anpassen zu lassen.

Bürgermeister Stratmann stellt hierzu klar, dass es sich lediglich um den Hinweis gehandelt habe, mögliche gesetzliche Änderungen künftig in die Planung einzubeziehen. Derzeit lasse sich nicht beurteilen, ob und wann solche Änderungen tatsächlich in Kraft träten. Eine Anpassung „auf Verdacht“ erscheine daher nicht sinnvoll, da unklar sei, ob sich die gesetzlichen Grundlagen überhaupt änderten.

Ratsherr Reinken ergänzt, dass aus seiner Sicht nichts dagegen spreche, der kommunalen Wärmeplanung bereits heute zuzustimmen. Die Gesetzesinitiativen, die derzeit beraten würden, befänden sich noch im Verfahren. Ziel sei vor allem, Vereinfachungen für kleinere Kommunen zu ermöglichen. Alles, was heute beschlossen werde, werde voraussichtlich auch danach noch Bestand haben beziehungsweise anpassbar sein. Nach seinem Kenntnisstand beträfen viele der diskutierten Vereinfachungen insbesondere Kommunen bis 15.000 Einwohner; möglicherweise sei

man davon gar nicht betroffen. Insgesamt spreche aus seiner Sicht nichts dagegen, den eingeschlagenen Weg heute zu gehen. Entscheidend sei am Ende, dass es nicht bei einem Konzeptpapier bleibe, sondern die Vorteile auch in der Praxis umgesetzt würden.

Einstimmig fasst der Rat folgenden Beschluss:

1. Der kommunale Wärmeplan wird in der anliegenden Form beschlossen.
2. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung des kommunalen Wärmeplans, insbesondere des darin enthaltenen Maßnahmenkatalogs und der Verstetigungsstrategie, sowie dessen regelmäßiger Fortschreibung beauftragt. Die Umsetzung des Maßnahmenkatalogs wird unter den Vorbehalt der Finanzierbarkeit gestellt. Über den Umsetzungsstand wird regelmäßig in den zuständigen Gremien berichtet.
3. Die Verwaltung wird mit der Einrichtung eines fortlaufenden Monitorings und Controllings zur Umsetzung und Fortschreibung der Wärmeplanung beauftragt.

TOP 10 Vorlagen ohne vorherige Beratung in den Fachausschüssen

TOP 10.1 Änderung der Satzung über Aufwands-, Verdienstaussfall- und Auslagenentschädigung für Ratsfrauen, Ratsherren, Fraktionen und ehrenamtlich tätige Personen in der Stadt Friesoythe Vorlage: BV/252/2025

In Abwesenheit von Ratsherr Thunert wird der Beschluss einstimmig vom Rat beschlossen:

Die von der Verwaltung vorgeschlagene 5. Satzung zur Änderung der Satzung über Aufwands-, Verdienstaussfall- und Auslagenentschädigung für Ratsfrauen, Ratsherren, Fraktionen und ehrenamtlich tätige Personen in der Stadt Friesoythe wird mit der Änderung beschlossen, dass in § 11 ausschließlich die Begrifflichkeit „Ortsvorsteher“ verwendet wird und die bisherige Aufzählung der Ortschaften entfällt.

TOP 10.2 Ernennung des Stellvertretenden Ortsbrandmeisters für die Ortswehr Gehlenberg der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Friesoythe Vorlage: BV/011/2026

Ratsherr Thunert ist zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend. Der Beschluss wird einstimmig vom Rat beschlossen:

Herrn Herbert Steenken, Schützenstraße 41, 26169 Friesoythe-Gehlenberg wird mit Wirkung vom 08.01.2027 unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis für die Dauer von sechs Jahren zum Stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortswehr Gehlenberg der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Friesoythe ernannt.

TOP 10.3 Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Sportstätten": Einreichung einer Projektskizze sowie Übernahmeerklärung des Eigenanteils und der nicht zuwendungsfähigen Kosten für die Sanierung der Sporthalle "Großer Kamp" Vorlage: BV/001/2026

Ratsfrau Geuter führt aus, man habe das Vorhaben bereits fristgerecht auf dem Weg gebracht und inhaltlich unterstützt. Nunmehr sei die formale Beschlussfassung erforderlich.

Sie habe zwischenzeitlich erfahren, dass das Programm bezogen auf Niedersachsen stark überzeichnet sei. Vor diesem Hintergrund äußere sie die Hoffnung, dass die Stadt Friesoythe, die in den vergangenen Jahren nur in geringem Umfang von dem Programm habe profitieren können, diesmal berücksichtigt werde und eine Förderung erhalte.

Bürgermeister Stratmann ergänzt, dass inzwischen weitere Rückmeldungen aus der Fördermittelstelle eingegangen seien. Während ursprünglich vorgesehen gewesen sei, die Prüfungen bis Ende Februar abzuschließen, verschiebe sich der Termin nun auf die Zeit nach Ostern. Dies mache aus seiner Sicht deutlich, wie stark das Programm überzeichnet sei.

Der Stadtrat hat folgenden Beschluss in Abwesenheit von Ratsherr Thunert einstimmig beschlossen:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Projektskizze im Interessenbekundungsverfahren bezüglich des Förderaufrufs „Sanierung kommunaler Sportstätten“ des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen für die Sanierung der Sporthalle „Großer Kamp“ einzureichen.

Bei positiver Rückmeldung des Fördermittelgebers wird die Verwaltung beauftragt, den entsprechenden Förderantrag einzureichen. Mit der Antragstellung verpflichtet sich die Stadt Friesoythe, den Eigenanteil sowie die nicht zuwendungsfähigen Kosten zu tragen.

**TOP 10.4 Übernahme einer Ausfallbürgschaft für den Schützenverein Gehlenberg e.V.
Vorlage: BV/004/2026**

In Abwesenheit von Ratsherr Thunert fasst der Rat folgenden Beschluss:

Für den Schützenverein Gehlenberg e. V. wird zur Finanzierung des Projektes „Neubau des Gebäudes Haus der Vereine Gehlenberg“ im Rahmen der Dorfentwicklung eine Ausfallbürgschaft seitens der Stadt Friesoythe für die Absicherung eines Darlehens bis zu einer Höchstsumme von 75.471,65 € erteilt.

TOP 11 Bericht der Vertreter der Stadt aus den Aufsichtsgremien der städtischen Beteiligungsgesellschaften, aus Verbänden und Organisationen

Ratsvorsitzende Hogeback bittet die Ratsmitglieder um ihren Bericht aus den einzelnen Gremien und Institutionen:

Wirtschaftsbetriebe Stadt Friesoythe GmbH:

Ratsfrau Geuter informiert, die Gremien der WiBeF hätten getagt; die letzte Sitzung habe unmittelbar vor der heutigen Ratssitzung stattgefunden. Man habe den Jahresabschluss für das Jahr 2024 verabschiedet und die jeweilige Entlastung erteilt. Zudem habe man über die wirtschaftliche Situation, die Inbetriebnahme des Bewegungsbeckens sowie über die Energieversorgung am Standort des Aquaferrums beraten.

Zweckverband IIK und der c-Port-Hafen-Besitz GmbH:

Bürgermeister Stratmann berichtet, dass in Kürze die nächste HVB-Runde stattfinden werde. Festzustellen sei zudem, dass der neue Geschäftsführer Herr Sprock aus Altenoythe, seine Aufgaben gut erfülle. Derzeit ist eine Gewerbeschau in Planung. Sobald näherer Details vorlägen, werden diese den Ratsmitgliedern mitgeteilt.

Landschaftsversammlung der Oldenburgischen Landschaft:

Keine Berichterstattung

Heimatbund für das Oldenburger Münsterland:

Keine Berichterstattung

Ems-Dollart-Region:

Keine Berichterstattung

Ring der Europäischen Schmiedestätte:

Keine Berichterstattung

Arbeitsgruppe des Kindergarten St. Monika in der Ortschaft Gehlenberg:

Keine Berichterstattung

Gremien des Nds. Städte- und Gemeindebundes:

Keine Berichterstattung

Förderverein St. Marien-Hospital:

Ratsfrau Buhr informiert, dass dort die konstituierende Sitzung der Gesellschafterversammlung sowie des Aufsichtsrates stattgefunden habe. Diese habe am 28. Januar 2026 stattgefunden; in diesem Rahmen seien auch Wahlen durchgeführt worden. Zudem finde am 06. und 07. März eine Klausur- bzw. Strategietagung statt, an der man ebenfalls teilnehmen werde.

Windpark Heinfelde:

Keine Berichterstattung

Wasserverband Hümmling:

Ratsherr Meyer teilt mit, dass es derzeit nichts wirklich Neues zu berichten gebe, außer der Feststellung, dass die Wasserpreise weiterhin zu den günstigsten in Niedersachsen gehörten.

Ratsherr Böhmann hebt hervor, dass die detaillierte Abrechnung der Abwassergebühren für die Stadt positiv zu bewerten sei, da sie sehr gut und punktgenau nachvollzogen werden könne. Es stelle sich die Frage, ob dies auch für das restliche Stadtgebiet über den OOWV erfolgen könne.

Erste Stadträtin Hamjediers wird diese Rückmeldung an das zuständige Fachamt weitergeben.

TOP 12 Anträge und Anfragen aus der Mitte des Rates

Ratsherr Braun fragt nach dem aktuellen Stand des Kita-Platzvergabeverfahrens.

Fachbereichsleiter Wolf wird hierzu eine entsprechende Antwort mit dem Protokoll geben.

„Für den Krippenbereich wurden 85 Kinder bei 101 verfügbaren Plätzen angemeldet. Im Bereich Kindergarten gingen 224 Anmeldungen bei 263 verfügbaren Plätzen ein. Eine detailliertere Darlegung und Einordnung erfolgt in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Jugend, Sport und Kultur.“

Ratsherr Reinken bringt zunächst seine Wertschätzung für das Engagement der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Schülerinnen und Schüler der Heinrich-von-Oytha-Schule zum Ausdruck. Dies sei in der emotional geführten Diskussion möglicherweise zu kurz gekommen. Er glaubt, im Namen des gesamten Rates sprechen zu können, dass man es ausdrücklich begrüße, wenn sich junge Menschen sowie Lehrkräfte für das Schulwesen einsetzten.

Aus seiner Sicht bildeten die Ausführungen der Verwaltung nicht den Beratungsstand des Rates ab. Soweit er die Beratungen richtig in Erinnerung habe, sei die Haltung des Rates – mehrfach in Sitzungen geäußert –, dass auf eine erneute Ausschreibung kein Wert gelegt werde. Vielmehr sei die gemeinsame Erarbeitung eines eigenen Konzeptes mit den Beteiligten, unter Einbeziehung der Schulbauberatung der Landesschulbehörde, der vom Rat gewünschte Weg. Dies sei sowohl in den

vergangenen Sitzungen als auch in Gesprächen zwischen Ratsmitgliedern und Verwaltung außerhalb der Sitzungen immer wieder betont worden.

Er halte es für wichtig, dieses Signal erneut zu geben. Mit jeder neuen Idee einer Ausschreibung verliere man erneut ein halbes Jahr. In den Ausführungen der Verwaltung sei zudem erwähnt worden, dass mit dem Einzug in die alten Räume zunächst acht Klassenräume gewonnen würden. Für ihn klinge dies so, als gehe die Verwaltung weiterhin davon aus, man könne die Schülerinnen und Schüler aus den Containern ohne weitere Überlegungen in diese Räume verlagern und damit vollendete Tatsachen schaffen. Dies entspreche aus seiner Sicht nicht der Haltung des Rates.

Hierzu nimmt Bürgermeister Stratmann Stellung.

Er führt hierzu aus, dass die Verwaltung keineswegs an einer Verzögerung interessiert sei, sondern im Gegenteil schnell vorankommen wolle. Wie dies fachlich und sachlich am besten umzusetzen sei, könne man lange diskutieren. Die Schulbedarfsentwicklungsplanung habe bereits vor vielen Jahren begonnen und die Heinrich-von-Oytha-Schule habe dabei stets im Fokus gestanden. Auf dieser Grundlage sei das große Schulsanierungsprogramm aller städtischen Schulen gestartet worden.

Nun stehe der Umzug der Gerbert-Schule im Laufe des Jahres bevor. Die Verwaltung habe immer betont, dass nach dem Umzug die erste Maßnahme die Abschaffung der Container sein müsse. Da Ersatzräume benötigt würden, böten die frei werdenden Räume der Gerbert-Schule eine geeignete Möglichkeit, die auch als reguläre Klassenräume genutzt werden könnten. Diese seien allemal besser als Container. Anschließend müsse man die weiteren Schritte planen. Es sei sinnvoll, sich hierfür die nötige Zeit zu nehmen und externe Expertise einzubeziehen, zumal dies dem Ratswillen entspreche, unabhängig davon, was in Gesprächen am Rande von Gremiensitzungen geäußert worden sei. Auch die Verwaltung will zügig vorankommen. Es handele sich nicht um ein „Wunschkonzert“ der Verwaltung und ein solcher Eindruck solle und dürfe nicht suggeriert werden. Ziel sei es, so Bürgermeister Stratmann, schnell funktionsfähige Klassenräume bereitzustellen, die den Standards der Oberschule entsprächen. Danach bleibe ausreichend Zeit, ein umfassendes Konzept für die zukünftige Heinrich-von-Oytha-Schule zu entwickeln.

Zur früheren Ausschreibung ergänzt er, dass damals ein sehr umfangreiches Portfolio zugrunde gelegen habe, während man nun mit einem deutlich kleineren Umfang arbeite, was die Aussicht auf ein gutes Ergebnis erhöhe. Die Empfehlung der Lenkungsgruppe, alle Schulen in den Blick zu nehmen, werde dabei berücksichtigt.

Ratsherr Reinken stellt fest, er habe nicht suggerieren wollen, dass die Verwaltung „Wunschdenken“ betreibe, wie es ihm Bürgermeister Stratmann soeben vorgeworfen habe. Vielmehr höre er, was die Verwaltung in der Einwohnerfragestunde ausgeführt habe, und stelle fest, dass er darin eine erhebliche Diskrepanz zu der Meinung sehe, die der Rat bislang – auch in den jüngsten Sitzungen – vertreten habe. Bürgermeister Stratmann habe zudem ausgeführt, dass es sinnvoll sein könne, externe Hilfe in Anspruch zu nehmen. In diesem Zusammenhang stellt er die Frage, inwiefern die Verwaltung das Beratungsangebot des regionalen Landesamtes für Schule und Bildung genutzt habe, das allen Kommunen und Schulträgern zur Verfügung stehe und Beratungen zu Neu-, Erweiterungs- oder Umbaumaßnahmen an Schulen anbiete. Er erkundigt sich, ob diese externe Unterstützung in Anspruch genommen worden sei oder nicht.

Bürgermeister Stratmann stellt daraufhin klar, man verfolge im Grunde dasselbe Ziel. Alle wollten schnellstmöglich erreichen, dass die Heinrich-von-Oytha-Schule künftig über ausreichend Räume verfüge, um den Bedarf der Unterrichtsformen sicherstellen zu können. Die Verwaltung wolle – so betont Bürgermeister Stratmann ausdrücklich – nichts Falsches suggerieren. Vielmehr gehe es darum zu klären, wie es mit der Heinrich-von-Oytha-Schule weitergehe und welche derzeit gültige Beschlusslage bestehe.

Fachbereichsleiter Wolf führt weiterhin aus, die Lenkungsgruppe sei durch Ratsbeschluss vom 08.07.2023 gebildet worden und bestehe weiterhin. Die inzwischen veränderten Rahmenbedingungen würden nun berücksichtigt. Die angesprochene Stimmungslage sei seiner Auffassung nach nicht Gegenstand der Ratssitzung gewesen, sondern Thema im Fachausschuss

sowie im jüngsten Verwaltungsausschuss. Diese Aspekte wolle man nun in die Lenkungsgruppe einbringen.

Alle Entwicklungen, so bittet Fachbereichsleiter Wolf, die seit der Beschlussfassung im Jahr 2023 eingetreten seien, sollen in der nächsten Sitzung der Lenkungsgruppe thematisiert werden. Das Ergebnis könne durchaus sein, dass man sich zeitnah verständige.

Auf die Frage nach der Nutzung des Beratungsangebotes des Landesamtes erwidert Fachbereichsleiter Wolf, dass dieses weder seitens des Schulbereichs noch seitens des Baubereichs in Anspruch genommen worden sei.

Ratsfrau Geuter weist darauf hin, dass das Thema der Heinrich-von-Oytha-Schule bereits in der letzten Sitzung des Schulausschusses behandelt worden sei, da es allen Beteiligten sehr wichtig sei. Ziel sei es, dass die Heinrich-von-Oytha-Schule möglichst bald Planungssicherheit erhalte und wisse, wie die weitere Entwicklung aussehen solle.

In diesem Jahr habe man die nächste Sitzung des Schulausschusses jedoch bewusst noch einmal verschoben. Gleichwohl beabsichtige man, auf jeden Fall noch vor den Sommerferien eine weitere Sitzung durchzuführen. Nach ihrer Auffassung sei es hilfreich, die derzeit vorliegenden Informationen zeitnah zusammenzuführen und darauf aufbauend in der nächsten Sitzung des Schulausschusses zu Ergebnissen zu kommen. Dies gelte insbesondere mit Blick auf die Heinrich-von-Oytha-Schule, da es auch im Interesse des Ausschusses liege, dort möglichst bald Planungssicherheit zu schaffen.

TOP 13 Einwohnerfragestunde

Durch die anwesenden Gäste gibt es keine Wortmeldungen

Bürgermeister Stratmann bedankt sich bei der Presse und dem Interesse aus der Bevölkerung.

Ratsvorsitzende Hogeback schließt die Sitzung um 19:11 Uhr.

Maria Hogeback
Ratsvorsitzende

Karin Hogartz
Protokollführerin